



Pressedienst

28. Juli 2020

Gebäudeeinsturz an der Luisenstraße: Baugenehmigung erst am Montagnachmittag erteilt

OB Thomas Geisel und Beigeordnete Cornelia Zuschke sprechen Angehörigen der Opfer ihr Mitgefühl aus

Oberbürgermeister Thomas Geisel und Baudezernentin Cornelia Zuschke haben sich am Dienstag, 28. Juli, vor Ort an der Luisenstraße ein eigenes Bild von der Unglücksstelle gemacht. Am Montag war dort in einem Hinterhof ein im Umbau befindlicher fünfstöckiger Anbau eingestürzt und hatte zwei Bauarbeiter unter sich begraben. Mit Stand Dienstagmittag gab es die traurige Gewissheit, dass einer der Männer tot unter den Trümmern liegt, nach dem zweiten wird weiterhin gesucht.

"Wir drücken den Hinterbliebenen des Opfers unser großes Mitgefühl aus und hoffen, dass der zweite Vermisste doch noch gerettet werden kann", erklärt der Oberbürgermeister. "Auch meine Gedanken sind bei den Angehörigen. Es muss nun lückenlos aufgeklärt werden, wie es zu dem Einsturz kommen konnte", sagt die Beigeordnete Cornelia Zuschke und betont ebenso ihr Mitgefühl.

Für den beantragten Umbau des eingestürzten fünfstöckigen Anbaus wurde eine Genehmigung erst am Montag fertig.

Der Bauherr hatte im Februar 2020 Planungen für die weitgehende Sanierung des Anbaus bei der Stadt eingereicht. Dabei ging es auch um den Umbau einer tragenden Wand.

Dem zuständigen Architekturbüro wurde im Genehmigungsverfahren mehrfach die Gelegenheit zu Nachbesserungen der Pläne gegeben. Die letzten Unterlagen wurden am 23. Juli 2020 vom Architekturbüro bei der Landeshauptstadt eingereicht.

Erst am frühen Nachmittag am Montag wurde dann vom Bauaufsichtsamt die



Gebäudeeinsturz an der Luisenstraße: Baugenehmigung erst am Montagnachmittag erteilt

Seite 2

Baugenehmigung an den Bauherrn verschickt. Doch damit ist nicht sofort eine Freigabe der Bauarbeiten verbunden.

Dafür muss der Bauherr noch einen sogenannte Standsicherheitsnachweis beim Amt einreichen - als Nachweis, dass die Statik des Gebäudes auch während und nach den Arbeiten gewährleistet ist. Dieser Nachweis ist bei der Landeshauptstadt Düsseldorf bislang nicht eingegangen. Nun muss geprüft werden, welche Arbeiten am Gebäude durchgeführt wurden und wodurch am Ende der Einsturz verursacht wurde. Arbeiten wie Erneuerung von Türen, Fenstern oder Elektroleitungen sind zum Beispiel genehmigungsfrei. Die Landeshauptstadt wird die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft unterstützen.

Offenbar unter dem Eindruck des schrecklichen Unfalls in der Friedrichstadt meldete sich eine ausführende Handwerksfirma beim Bauaufsichtsamt und teilte erhebliche Mängel auf einer Baustelle an der Neanderstraße mit. Dort ist das Fundament eines Bestandsgebäudes zu weiten Teilen freigelegt worden. Das Bauaufsichtsamt beauftragte sofort einen Prüfstatiker, die Standsicherheit dieses Gebäudes zu ermitteln. Das Ergebnis steht noch aus.

Textversion:

http://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/pld/txt/20200728-342_10.txt

Kontakt: Herriger, Marc
presse@duesseldorf.de, Telefon +49.211.89-93131